

Digitalisierung - Auswirkungen auf Unterricht und Erziehung am Gymnasium

Bildung und Ausbildung stehen im Zeitalter der Digitalisierung vor ganz neuen Herausforderungen. Die KMK hat das Ziel gesetzt, „dass möglichst bis 2021 jede Schülerin und jeder Schüler jederzeit, wenn es aus pädagogischer Sicht im Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können sollte“. Nach Auffassung der Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen stellen sich damit auch für die Gymnasien ganz neue Aufgaben, und wichtige Fragen sind zu klären, bevor man zu verbindlichen und abschließenden Aussagen gelangen kann.

Dazu stellt die Vertreterversammlung fest, dass der Umgang mit Computer und Internet mittlerweile neben Lesen, Schreiben und Rechnen zur vierten, unverzichtbaren Kulturtechnik geworden ist. Die junge Generation wächst mit großer Selbstverständlichkeit in eine von Internet, Handy und Computer geprägte digitalisierte Lernwelt hinein. Allein schon daraus erwächst den Schulen die pädagogisch-didaktische Aufgabe, diese neuen Technologien sinnvoll und systematisch, dem gymnasialen Bildungsauftrag entsprechend, in Unterrichtskonzepten zu integrieren und dabei ihre Chancen zu nutzen, aber auch die damit verbundenen Risiken aufzuzeigen und deren Grenzen zu erkennen.

Demnach, so bekräftigen die Delegierten, kann es nicht vordergründig darum gehen, die Zahl der PCs, Tablets, Smartphones etc. in den Schulen zu erhöhen. Vielmehr ist vorher die Frage zu klären, welche Bildungsziele erreicht und welche Inhalte mit welchen Methoden vermittelt werden sollen. Erst auf der Grundlage dieser Zielbestimmung kann man entscheiden, in welchem Rahmen digitale Technologien für den angestrebten Bildungserwerb nützlich bzw. erforderlich sind, um ein Mehr an Bildung zu erreichen.

Grundlegende Forderungen an digitales Lernen unterschieden sich deshalb keineswegs von Bildungszielen einer „prädigitalen“ Zeit. Um angesichts der rasanten Entwicklungen nicht zu Fehlentscheidungen zu kommen, ist es unverzichtbar, sich auch hier auf Grundlagen des gymnasialen Bildungsauftrags und Grundsätze des wissenschaftspropädeutischen Unterrichts zu besinnen. Auf keinen Fall dürfen die neuen Technologien dazu führen, dass in der Schule auf fundiertes Grundlagenwissen und Können verzichtet wird.

Die Vertreterversammlung betont, dass für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht eine gute mediale Ausstattung der Schulen sowie sichere und stabile Netzwerkstrukturen als unabdingbare Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ein ebenso großes Problem sehen die Delegierten in der fehlenden technischen Betreuung. Eine hochwertige IT-Ausstattung und der Einsatz digitaler Medien können jedoch nur funktionieren, wenn dazu in den Schulen eine sach- und fachgerechte Betreuung der Medien durch professionelles Personal vorhanden ist.

Die Vertreterversammlung fordert daher Land und Schulträger auf,

- für die erforderliche IT-Ausstattung der Schulen und der Lehrkräfte Sorge zu tragen (u. a. für einen GigaBIT-Anschluss für alle Schulen, ein WLAN-Netz, das freien Zugang zum Internet bietet und die hohen Anforderungen hinsichtlich Datenschutz, hochdynamischer Nutzerbewegungen und –dichte erfüllt)
- sicherzustellen, dass jede Schule – unabhängig von der pädagogischen Betreuung durch Lehrkräfte – einen professionellen und im erforderlichen Zeitumfang zur Verfügung stehenden technischen Betreuer der Medien erhält
- für eine umfassende Lehrerfortbildung zu sorgen
- den erheblich höheren Zeitaufwand für die Erarbeitung und den Einsatz digital aufbereiteter Unterrichtseinheiten bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte im erforderlichen Umfang zu berücksichtigen.

Die Vertreterversammlung unterstreicht, dass die den Schulen in Bezug auf die Digitalisierung neu gestellten Aufgaben ohne Erfüllung dieser Forderungen nicht zu leisten sein werden.